

Biobauern dringend gesucht

Nachfrage nach Bioprodukten muss mit Importen gedeckt werden

Von Franziska Laur

Möhlin. Leise rieselt der Regen. Im Gehege stehen weizenfarbene Limousin-Rinder mit dunklen Augen. «Bio beginnt im Kopf», sagt Hans Waldmeier, Biobauer aus Möhlin. Er ist 76 Jahre alt, doch vor 17 Jahren war für ihn klar: kein Gift mehr: «Ich will meinen Kindern einen intakten Boden hinterlassen.»

Auch Oskar Roduner aus Rheinfelden ist Landwirt. Warum stellt er nicht um? Immerhin suchen die Grossverteiler verzweifelt nach mehr Bioproduzenten, weil die Nachfrage so gross ist. «Reben, Zuckerrüben oder Raps anbauen, ohne zu spritzen, ist praktisch unmöglich», sagt Roduner. Er verschweigt auch nicht, dass er Biolandwirte für etwas fanatisch hält. «Integrierte Produktion ist die bessere Variante», sagt er. Da werde nur bei Bedarf gespritzt.

Es ist die alte Glaubensfrage. Mit oder ohne. Tatsache ist: Viele Landwirte halten wenig von Bio. Das Risiko ist ihnen zu gross, und es gibt zu viele Vorschriften. Dabei sind Bioprodukte gesucht – es gibt vor allem zu wenig Bio-weizen. So suchen Grossverteiler wie Coop und Migros händeringend nach Ackerbauern. Sie können die Nachfrage der Schweizer nur abdecken, indem sie rund 60 Prozent aus dem Ausland importieren.

Abnehmer zahlen doppelt so viel

Dabei würde sich der Anbau lohnen: «Ich bekomme für meinen Weizen den doppelten Preis», sagt Hans Waldmeier. 100 Kilogramm Weizen bringen ihm 105 Franken ein, ein konventionell arbeitender Bauer erhält 53 Franken.

Dafür darf Waldmeier keine Fungizide, Insektizide und Herbizide einsetzen. Und gedüngt wird mit organischen Produkten und nicht mit chemischen. Dadurch hat er etwas mehr Arbeit, doch unter dem Strich rechnet es sich lange. «Auch wir wenden diese chemischen Mittel nur an, wenn es gar nicht anders geht», sagt Roduner. «Ja, aber der Unterschied ist doch, dass sie spritzen dür-



Mangelware. Biologisch angebautes Gemüse und Getreide werden knapp. Foto Keystone

fen», kontert Hansruedi Waldmeier, der den Hof vom Vater übernommen hat. «Früher, als ich noch Gift spritzte, wurden die Pflanzen immer resistenter und ich musste immer mehr spritzen», sagt der Vater. Er habe die Böden vergiftet und viel Geld ausgegeben.

Nach den Richtlinien von Bio Suisse arbeiteten im vergangenen Jahr in der Schweiz 5618 Betriebe. Hinzu kommen 387 Landwirtschaftsbetriebe, die nach der Bioverordnung des Bundes produzieren. Der Anteil der Biobetriebe an den Schweizer Landwirtschaftsbetrieben lag damit bei rund 11 Prozent. Der Kanton Aargau liegt mit etwas über 7 Prozent Biobetrieben unter diesem Durchschnitt, der Kanton Baselland mit 13 Prozent darüber. Besonders biobegeistert scheinen die Basel-Städter zu sein. Von den elf Bauernbetrieben arbeiten fünf nach biologischen Richtlinien.

Vorurteile über Bord werfen

Weshalb haben trotz steigender Nachfrage relativ wenig Bauern Mut und Lust umzusteigen? «Es gilt, Vorurteile über Bord zu werfen. Und die ersten paar Jahre nach einer Umstellung

sind häufig anspruchsvoll», sagt Beatrix Scheurer, Projektleiterin Landwirtschaft bei Bio Suisse. Wenn Böden an chemischen Dünger gewöhnt und dementsprechend ausgelaugt seien, so brauche es etwas Zeit, bis sie wieder aufgebaut sind. «Rein wirtschaftlich gesehen, lohnt es sich», sagt Urs Niggli, Leiter des Forschungsinstituts Biolandbau in Frick (FiBL). Doch auch er sagt: «Es gibt meist eine gewisse Durststrecke, bis die Bodenfruchtbarkeit wieder funktioniert.» Doch schon ein, zwei Jahre später würden sich die Erträge wieder steigern.

Landwirt Oskar Roduner fühlt sich allerdings etwas diskriminiert. «Wir geben uns sehr Mühe, so wenig Mittel wie möglich einzusetzen», sagt er. Seine Kühe und Kälber beispielsweise heile man bei ihm auf dem Hof kaum je mit Antibiotika: «Wenn sie krank sind, arbeiten wir viel mit Salz und Essig.»

Dies sind hehre Worte. Doch Fakt ist: Die moderne Kälbermast kommt fast nicht mehr ohne Antibiotika aus. 90 Prozent aller Kälber werden vorbeugend damit behandelt, damit sie nicht krank werden. Das ist auf dem Biobetrieb nicht erlaubt.

Für die EBL weht der Wind in Brandenburg

Auslandsgeschäft soll für grüne Strombilanz sorgen

Von Kurt Tschan

Pratteln. Seit Anfang Juni läuft der erste Windpark der Elektra Baselland (EBL) in Möhrli. In der brandenburgischen Gemeinde wurden fünf Anlagen erstellt, die Strom für 5000 bis 6000 Haushalte liefern. Dies bestätigte der stellvertretende Geschäftsführer der EBL, Beat Andrist, an der Delegiertenversammlung vom Donnerstagabend in Pratteln.

Wie beim Vorzeigeprojekt, dem Solarthermiekraftwerk Tubo Sol PE 2 in Spanien, fungierte die EBL als Bauherrin. Es dürften nicht die letzten Millionen gewesen sein, die die EBL im Ausland investiert hat. «Es ist unser Ziel, 40 Prozent unseres Bedarfes mit Wind- und Sonnenkraftanlagen zu decken», sagte Andrist. Bereits heute beziehen 85 Prozent der Kunden kernenergiefreien Strom. Der Anteil der Grünstromkunden liegt bei zwei Prozent.

Zuversicht in Spanien

Dass der Weg zu noch mehr erneuerbaren Energiequellen steinig und lang sein wird, das machte Verwaltungsratspräsident Reinhold Tschopp deutlich. Mit Blick auf den vom Bund beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie sagte er, dass es wohl noch Jahre dauern werde, bis verbindliche Gesetze erlassen sein werden. Allerdings warte die EBL nicht zu, bis auf nationaler Ebene Klarheit herrsche. «Sie will rasch und nachhaltig einen sinnvollen Beitrag für eine sichere Stromversorgung ohne Kernenergie leisten», sagte Tschopp.

Ein Meilenstein in der Geschichte der Baselbieter Genossenschaft stelle das Solarkraftwerk in Spanien dar. Es befinde sich in der Abnahmephase. Die Stromspeisung sei erfolgt und alle Bedingungen für die Einspeisevergütung erfüllt. «Bis heute hat der spanische Staat seine verbindlichen Zusagen eingehalten», sagte Tschopp mit Blick auf die finanziellen Probleme des Landes. «Wir sind zuversichtlich, dass das Solarkraftwerk nicht nur technisch,

sondern auch wirtschaftlich ein Erfolg werden wird.»

Während die Grossgeschäfte der EBL im Ausland im Soll liegen, erweisen sich Projekte in der Region als Knacknüsse. Der Bau des zweiten Kleinwasserkraftwerkes in Zwingen lässt auf sich warten. «Nach mehrfachen Planänderungen und Zusatzstudien hoffen wir, dass wir in den nächsten Monaten endlich den Segen der Behörden erhalten», sagte Tschopp. Die EBL hatte das Konzessionsgesuch 2007 eingereicht. Bis heute haben Umweltschutzverbände und Naturschutzkreise mit Einsprachen den Bau verhindert.

Bei Sonne mehr als nötig

Auf Volltouren läuft dagegen das Programm «1000 jetzt». Ziel der EBL ist es, in den nächsten Jahren je 1000 Fotovoltaik- und Thermikanlagen zu bauen, zudem sollen 1000 Studien für Gebäudesanierungen erstellt und 1000 Ersatzanlagen für Elektroheizungen eingebaut werden.

Letztlich ist der Trend zu einer dezentralen Stromspeisung aber komplex, wie sowohl Tschopp als auch Andrist erläuterten. In Diegten, wo Fotovoltaikanlagen einen Boom erleben, wird an sonnigen Tagen mehr Strom produziert als benötigt. Als Folge davon musste das Unterwerk technisch modifiziert werden.

Urs Steiner bald zurück

Um die Stromversorgung im EBL-Netz zu sichern, wurden im vergangenen Jahr nicht weniger als 50 neue Trafostationen gebaut. Für die Netzmodernisierung wurden zwölf Millionen Franken ausgegeben.

Geschäftsführer Urs Steiner wird am übernächsten Montag an seinen Arbeitsplatz zurückkehren. Er hatte Ende April ein ärztlich verordnetes Timeout nehmen müssen, wie Tschopp erläuterte. Er sei wieder auf dem Damm und freue sich, seine Arbeit aufnehmen zu können, sagte Steiner der BaZ.



Feldweibel und Fouriere

Befördert. Die Kaderpraktikanten der Infanterie-Rekrutenschule 13 hatten gestern in der Liestaler Stadtkirche einen grossen Tag: Im Beisein von Nationalrat Peter Malama wurden sie feierlich zu Feldweibeln, Fourieren und Wachtmeistern befördert. Nach einer Ansprache des Schulkommandanten und einem Gebet eines Armeeseelsorgers wurde die Schule offiziell abgemeldet. Foto Daniel Desborough

Mit vollen Kassen gegen die Umfahungsstrasse

Die Interessengemeinschaft «Südumfahrung Nein» rechnet mit einer Ablehnung der Initiative aus Allschwil

Von Fabio Halbeisen

Therwil. «Wir dürfen uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen.» Dies betonte die CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter immer wieder. An der gestrigen Generalversammlung der IG Südumfahrung Nein in der Mehrzweckhalle in Therwil war es die Präsidentin Schneider-Schneiter, welche davor warnte, sich nun zurückzulehnen. «Wir haben zwar einiges erreicht, die Südumfahrung ist aus dem Richtplan gestrichen. Doch sie ist immer noch in den Köpfen einiger Befürworter», meinte die Biel-Benkemerin und blickte bereits in die Zukunft: «Nun gilt es, die weitere Entwicklung der Verkehrsplanung nicht aus den Augen zu verlieren.»

So stehe beispielsweise nach wie vor eine Initiative für eine Umfahungsstrasse Allschwil im Raum, die es zu bekämpfen gelte. Diese Initiative sei eine Trotzreaktion auf den Erfolg der Südumfahungs-Gegner, meinte Schneider-Schneiter weiter. Viele nickende Köpfe im Plenum gaben der IG-Präsidentin recht. «Die Kampfkasse ist auf jeden Fall gefüllt.»

Für Lebensqualität im Leimental

Dies bestätigte die CVP-Landrätin Christine Gorrengourt, welche die Jahresrechnung präsentierte. Im Jahr 2011 hat die IG 17000 Franken eingenommen, aber nur deren 2220 benötigt. «Somit ist unser Eigenkapital auf 110689 Franken angestiegen», meinte

Gorrengourt stolz und vermeldete, dass man auf die Mitgliederbeiträge im Jahr 2012 verzichten werde, da man genügend finanzielle Mittel zur Verfügung habe. Diese werde man für die Bekämpfung der Volksinitiative aus Allschwil einsetzen, meinte Gorrengourt.

Sollten die gesteckten Ziele erreicht werden, ohne das angehäuften Eigenkapital zu benötigen, werde man das Geld an Organisationen spenden, die sich ebenfalls für den Erhalt der Lebensqualität im Leimental einsetzen, kündigte Schneider-Schneiter an: «Die Initiative hat sowieso keine Chance vor dem Volk.» Mehr hält die Nationalrätin indes vom Projekt Entwicklungsplanung Leimental-Birsek-Allschwil (Elba). Martin

Huber, stellvertretender Leiter des Amtes für Raumplanung des Kantons Basel-Land, berichtete in seinem Vortrag über den Planungsprozess und die Lösungsvorschläge der Planungsteams zur Gestaltung der Landschaft, der Siedlung und des Verkehrs.

Ein Kernelement des Prozesses sei die Erarbeitung von verschiedenen Konzeptionen durch interdisziplinäre Teams. «Im Rahmen der ersten Stufe haben sechs Arbeitsgruppen gleichzeitig gearbeitet, ohne Kenntnis der Resultate der anderen Teams», erklärte Huber. Drei seien zur Weiterbearbeitung im Rahmen der zweiten Stufe ausgewählt worden. «In der Testplanung werden die Zukunftsbilder zu Gesamtkonzepten vertieft. In dieser Phase kennen

die drei ausgewählten Teams die Resultate der anderen.»

Zu den Ideen der Teams gehören unter anderem Tramverlängerungen, die Schaffung von neuen Linien oder ein Doppelspurausbau der S3. Vor allem der Ausbau von Buslinien war in allen drei Konzepten ersichtlich. «Die Planungsphilosophien der Gruppen haben sich angenähert, die Prinzipien sind ähnlich. Die konkrete Umsetzung jedoch ist bei allen Teams unterschiedlich», meinte Huber. In weiteren Schritten gehe es dann etwa ab der zweiten Jahreshälfte 2012 um die Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse und schliesslich um die Erarbeitung einer Landratsvorlage, die im Sommer 2014 vorgelegt werden solle.